

Trennung von Staat und Kirche

Der Verfasser dieses Originalbeitrags für die Frankfurter Demokratische Zeitung ist demokratischer Kandidat für die Nationalwahl in unserem 3. süd. Reichstagswahlkreis. D. Schriftl. Die „Deutschenationalen“ präsen sich in marxistischer Weise als die Kette der Kirche an. Sie spekulieren auf die Besorgnis der religiös-irrigl. Gefinnten, namentlich der Frauen, und suchen damit Heilerscheitel für ihre freiheldlichen Abzählen zu gewinnen. Was ist dazu zu sagen? Erstens: Die Kirche ist von Haus aus eine demokratische Einrichtung, hervorgegangen aus den Kreisen der „kleinen Leute“, verwaltet von gewählten Ältesten und Bischöfen. Der oberste Bischof der katholischen Kirche, der Papst, wird heute noch gewählt. Als in den Stürmen der Reformation die evangelische Kirche entstand, stand sie für den Augenblick zusammenhanglos, ohne Verfassung da. In der Not griff Luther zu einem Notbehelf: er trug dem Landesherren die Würde des Landesbischofs an. So entstand das landesherrliche Kirchenregiment, Staats- und Kirchenverfassung jenen zusammen, Staat und Kirche war eins. Zweitens: Seit 45 Jahren hat sich der Staat in Sachen eine eigene Behörde für die kirchlichen Angelegenheiten geschaffen, das evangelisch-lutherische Landeskonfistorium. Es löst seitdem im Austrage des Staates die Kirchengewalt aus und regelt die kirchlichen Ordnungen autoritativ nach der Weise des alten absolutistischen Staates. Die Kirchengemeinden haben zwar in der Landeskonfistorium eine kümmerliche Vertretung, sind aber praktisch dem Landeskonfistorium gegenüber so gut wie rechtlos. Laus, Trau-, Konfirmation-, Gottesdienl-Ordnungen werden vom Landeskonfistorium kraft königlichen Auftrages erlassen, die Gemeinden haben nicht den mindesten Einfluß darauf. Im Gegenteil: Die penible Innehaltung der Ordnungen bis auf die Seibe wird streng überwacht und Abweichungen werden geahndet. Drittens: Diese gänzlich undemokratische Kirchenregierung hat verhängnisvolle Folgen gehabt: Die Kirche ist weilen Kreisen verhaßt geworden als Einrichtung des Klassenstaates, und selbst die Kirchentreuern Leute kehren den kirchlichen Ordnungen mit verständnisloser Gleichgültigkeit gegenüber. Sie haben ja nichts dabei zu sagen. Die lebendigen Gemeindeglieder gehen zu Selten oder haben sich in der landeskirchlichen Gemeinshaft eine eigene, demokratisch verfasste Kirche in der Kirche gebildet. Die Verlammerung von Kirche und Staat bedeutet also den allmählichen Tod der Landeskirche. Das ist der Erfolg der bisherigen „Kirchenfreundlichen“ Politik der Konserverativen. Viertens: Wir wollen das nicht! Darum fordern wir im Interesse der Kirche die Entstaatlischung der Kirche. Doch fordern wir, daß sie auf demokratischem Wege erfolgt und daß wir dann auch wirklich eine demokratisch verfasste Kirche bekommen! Wir wollen keinen diktatorischen Machtpruch, sondern eine gerechte Auseinandersetzung zwischen Volksvertretung und Kirchenvertretung. Wir wollen keinen Bruch, der zu einer Vermirrung der kirchlichen Verhältnisse führen müßte, sondern eine angemessene Uebergangszeit. Wir wollen nicht, daß durch den Wegfall der Staatszuschüsse die Angestellten und Ruhegehaltsempfänger der Kirche in Not geraten. Sie sollen allmählich abgebaut werden nach dem Maße, in dem die Kirche zu völliger finanzieller Unabhängigkeit gelangt. Der Kirche soll deshalb das Recht einer öffentlichen Körperschaft mit Selbstbestimmungsrecht zubilligt werden. Aber nicht bedingungslos! Wir wollen nicht in der Kirche der Gewalt herrschender Glaubenswächter und einem für unser Gewissen unerträglichem Belenntniszwang ausgeiefert bleiben, nachdem wir im Staate den Druck der Bevormundung gänzlich abgeschafft haben! Deshalb geben wir das Korporations- und Welterungsrecht nur den Kirchengemeinshaften, die durch ihre demokratische Verfassung genürende Gewähr dafür bieten, daß die Glaubensüberzeugung ihrer Mitglieder in keiner Weise vergewaltigt werden kann. Wir wollen nicht einen Hausen würdelos sich beherrschender und die Volksgemeinshaft gefährdender Seiten, wir wollen die Kirche als Volkstirche und dadurch als herzerhebende und gewissenstärkende Kulturmacht erhalten! Wer keine Kirche lieb hat, mag demnach selbst beurteilen, wo ihre Würde und ihr Wert besser verstanden und gewahrt wird: bei den „Deutschenationalen“ oder durch die Erfüllung der demokratischen Forderungen. Die Deutsche demokratische Partei zieht jedenfalls mit dem allerbesten Gewissen gegenüber der Kirche in den Wahlkampf.

Oberparter Ende, Lichtenstein.

Rechtzeitig wählen!

Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, am kommenden Sonntag, den 19. Januar, rechtzeitig, möglichst in den Vormittagsstunden, das Wahlrecht auszuüben. Demokratischer Verein.

Die „Deutschenationalen“

Die Deutschenationale Volkspartei, die das Obium auf sich geladen hat, in den Wahlkampf in unserem Kreis einen Ton hineingetragen zu haben, den wir gern vermieden hätten, einen Ton, der eine jähliche Auseinandersetzung fast unumgänglich macht, fährt i. d. e. e. Tonart fort. Wie stehen auf dem Standpunkt, daß ein Wahlkampf, wenn er Erfolg versprechen soll, jählich und mit ehrlichen Waffen geführt werden muß und daß — Lügen haben kurze Beine — Schlagworte wohl im Augenblick, nie aber nachhaltig zu wirken vermögen. Wir können deshalb die richtige Einschätzung der „Deutschenationalen“ Anpöndelungen gegen die demokratische Partei in Ruhe den Wählern überlassen und haben es nicht nötig, in einer gleichen Hypernerposität den Gegner zu verunglimpfen. Das beoigt er durch seine Kampfesweise selbst. Denn die abgeschlossenen Schmutzspiele, mit denen er in den jüngsten Tagen wieder aufwartete, jaßen auf ihn zurück. Wünsche aus dem Wertkreis der Demokratischen Zeitung veranlassen uns aber, in nachfolgendem ein Bild der Deutschenationalen zu zeichnen, wie es dem aufmerksamen politischen Beobachter sich zeigt. Die Deutschenationale Volkspartei besteht — Ausnahmen beständigen die Regel — in der Hauptsache aus den Konserverativen, also jener Parteigruppe, die jahrzehntelang eine recht wenig würdige Klassenvertreterin festgehalten hat, nicht nur den Arbeitern gegenüber, die am lauesten über den Klassenhaat schalten, sondern auch auf Kosten des Bürgeriums. Die Macht lag in den Händen dreier Schichten: des Offizier-

korps, des hohen Beamtenums und des Großgrundbesitzes. Diese Herrschaft war nicht nur staalisch, sondern ebenso gesellschaftlich und in gewissem Sinn auch wirtschaftlich durchgeführt. In wirtschaftlicher und staatsfinanzieller Hinsicht draucht aus der jüngeren Vergangenheit nur der Kampf gegen die Erbschaftsteuer erwähnt zu werden. Diese Klassenherrschaft ist jetzt gestürzt worden, und kaum ein anderer Sturz war so verdient wie die Verdrängung jener Klasse von der Macht. Sie war weit wichtiger als z. B. die Beseitigung der Monarchie, denn die Konserverativen waren die eigentlichen Träger und Nutznießer des alten, zusammengebrochenen Systems. Sie haben auch während des Krieges als äußerster rechter Flügel der Parteiaufstellung am meisten Anteil an der unheilvollen äußeren und inneren Politik gehabt, indem sie auf beiden Gebieten die reine Machtpolitik so hoch hinauftrieben, daß sie sich überschlug. Der Kampf ums preussische Wahlrecht ist in der Hauptsache durch ihre Schuld so verumpft, daß wir zum guten Teile dadurch auch in den jetzigen Sumpf geraten sind.

Wer hat sofort nach der Revolution das Bürgerium in Frankenberg zur Wahrung seiner Rechte gegenüber der Sozialdemokratie gesammelt?

Demokratische Verein Frankenberg

Das war der demokratische Verein Frankenberg während die deutschnationale Volkspartei erst 5 Wochen später ein erstes Lebenszeichen von sich gab, in Gestalt eines Aufrufes, in dem vornehmlich die

Deutsche demokratische Partei

belämpft und herabgesetzt worden ist. Sie hat auch weiterhin nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen uns gefämpft, wie aus ihren Aufrufen hervorgeht. Nur die Demokratische Partei hat sich bisher mit Entschiedenheit unter sachlicher Begleitung gegen die Auswüchse der Sozialdemokratie gewandt. Wer deshalb im Parlament eine ehrliche deutsche Volkspolitik will, der wähle die

Liste der Deutschen demokratischen Partei, an deren Spitze stehen die bewährten volkstrendlichen Parlamentarier Brodau, Dr. Seyfert, Günther.

Jetzt sagen sie in ihrem Wahlausruf: „Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes entspricht.“ Wir selber sind keine grundsätzlichen Gegner der Monarchie — es wäre lächerlich und unwürdig, so etwas heute behaupten zu wollen, nachdem man sich jahrzehntelang mit der Monarchie vertragen hat. Aber wir sind aus den ganz bestimmten Gründen, die vor allem mit dem Worte Militarismus zu bezeichnen sind, einverstanden gewesen mit der Beseitigung der Monarchie, die wir gehabt haben, d. h. vor allem der preussisch-deutschen, die auf den selbstherrlichen Beziehungen zum Heere ebenso beruhte, wie dieses umgekehrt von ihr abhing. Außerdem hatten wir eine Wiederkehr der Hohenzollern-Dynastie und mancher anderen nach der Art, wie sich ihr Zusammenbruch zugetragen hat, nicht für möglich. Das scheidet uns also von der Deutschenationalen Volkspartei. Ihr Wahlausruf sagt weiter: „Dem deutschen Staat ist ein Volksheer unentbehrlich, das nach den Lehren des Krieges zu schaffen ist.“ Der Satz an sich ist unanfechtbar, nur — was er im Munde der Konserverativen bedeutet, wie sie sich z. B. die Größe und den Ausbau des Heeres denken, das dürfte ziemlich weit abliegen von den Vorstellungen, die der überwiegende Teil des Bürgeriums sich heute darüber macht. Wir alle, ohne Unterschied, sind herzlich froh in

Hausfrauen, schickt eure Hausangestellten zur Wahl!

diesen Tagen, daß es in Berlin noch Truppen gibt, die Disziplin behalten haben, und es könnte schon aus diesem Grunde von einer Militärfeindschaft der großen Masse des Volkes keine Rede sein. Das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hofft, daß uns auch weiterhin stets zuverlässige Truppen zur Verfügung stehen werden; denn wir dürfen uns nicht einbilden, daß wir uns jetzt, mit dieser Revolution oder mit dem neuesten Aufruf, ein für allemal von inneren Unruhen losgelöst hätten. Aber der Militarismus alten Stils verhäßt uns jetzt schwerlich noch zu solchen Truppen, wie wir sie brauchen. Er hat ja nicht zum wenigsten die Meutereien hervorgerufen, die zum Ausbruch der Revolution überhaupt geführt und die Disziplin in gewaltigen Teilen des Heeres untergraben haben. Der Geist des alten Militarismus ist vor allem aber auch aus dem Gebiet der äußeren Politik zu verbannen. Im Programm der Deutschenationalen Volkspartei wird der Völkerverbund nicht erwähnt. Das ist ebenso ehrlich, wie das Belenntnis zur Monarchie offen war. Es gibt aber Dinge, zu denen diese Politiker sich nach Menschenmaßen nicht belennten können, und andere, von welchen sie nicht lassen können. Man achte sie deshalb, aber man erkenne, daß ihre Stellungnahme in besonderem Grade durch ihre Vergangenheit bedingt ist, weil konserverative Denkart immer mehr als andere an der Vergangenheit hängt. Es ist kein Zweifel, daß auf manche Kreise das Wort „national“ im Namen dieser Partei die stärkste Anziehungskraft ausübt. Man muß das heute verstehen aus einem bewußten Gegensatz gegen jene unsern internationalen Umtriebe her, die nach ihrem eigenen Belenntnis „national“ sein wollen, der Spartaisten. Das tief betrübliche Borgehen der Spartaisten kann aber nicht als Grund dafür gelten, daß eine Partei auch den anderen gut nationalen Parteien gegenüber sich das Wort „national“ wie eine Auszeichnung aneignet. Wer heute noch das Wort „National“ als etwas le, onde es in seinem Namen führt, als eine Bezeichnung, die anderen, außerhalb der betreffenden Partei Weibenden weniger gebühre, der bringt sich in den Verdacht, daß er nicht das natürliche Nationalgefühl, sondern seine Uebertreibung, den Nationalismus, meint, der zur Verhärtung der gegenseitigen Beziehungen der Völker geführt hat und die Hauptschuld an dem ganzen Stand dieser Zeit trägt.

Wir hatten es mit Staatssekretär Schiffer, der früher viel leicht der glänzendste Kopf der nationalliberalen Partei war und sich jetzt der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen hat; er sagte in seiner in der „D. Z.“ bereits erwähnten Rede, die er vor seinen Wählern in Magdeburg hielt: „Ich bin und bleibe genau so national gesinnt, wie ich es gewesen bin,“ und ich bin der höchsten Zuversicht, daß die Deutsche demokratische Partei das Wort deutsch nicht nur in ihrem Schilde führt, sondern national bis in die Knochen ist. Wenn man wagt, unsere nationale Zuverlässigkeit anzuzweifeln, so ist das Infamie. National sein heißt nicht das Wort „Deutsch“ immer im Munde führen und nicht auf anderen Böckern herumtrampeln und sie reizen. Das war immer ein falscher Nationalismus, und dieser hat uns furchtbaren Schäden gebracht. National sein heißt, seinem Vaterlande mit Gut und Blut bis zum letzten dienen. National sein heißt, stolz auf sein Vaterland sein, ohne andere Nationen zu verachten; es zu lieben, seine Sprache, Sitten und Gebräuche zu fördern. So national wird auch die Deutsche demokratische Partei immer sein. Wenn man jetzt noch bedenkt, die vielfach ihr Liebtes und Bestes hingegeben und selbst für das Vaterland geblutet haben, die nationale Zuverlässigkeit anzuzweifeln wagt, so ist das ein unerhörtes Verbrechen am deutschen Volke.“

Die Deutsche demokratische Partei hat ihre Stellung zu den Handwerkerfragen folgendermaßen programmatisch formuliert: Die Deutsche demokratische Partei, von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt, fordert die Wiederaufrichtung des Handwerks durch Einführung von Arbeit, Hochlofen und Kredit. Zur dauernden Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes verlangt sie weitgehende berufliche Selbstverwaltung, freiheldlichen Ausbau der Handwerkerkammern, Innungen und sonstiger Berufsverbände, feste Bahn für die Entfaltung des Gewerkschaftswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises, ausreichenden Schutz gegen den Wettbewerb der Geringfügigkeit und der öffentlichen Regiebetriebe, Hebung der technischen und kaufmännischen Leistungsfähigkeit des Handwerks, Aufrechterhaltung der Handwerkslehre, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Mitwirkung der Berufsvertretungen am Fach- und Fortbildungsschulwesen, Meisterkurse. Die zur Wiederaufnahme der Bauaktivität erforderlichen Maßnahmen sind scheinigt zu treffen.

Handwerkerprogramm der Deutschen demokratischen Partei

Eine Wahlrede Dr. Solfs

Staatssekretär Dr. Solf entwickelte in Herford, wo er als Kandidat der Deutschen demokratischen Partei aufgestellt ist, sein Programm. Er stellte sich auf den Boden der Republik und forderte für diese eine Bundesverfassung mit einem vom Volke gewählten, mit starken Majoritäten ausgestatteten Präsidium. Das Ziel der Demokratischen Partei müsse die Bildung einer Koalitionsregierung sein, die es den Sozialdemokraten ermögliche, in die Regierung einzutreten, ohne den Kredit bei den Massen zu verlieren. Nach seiner Ueberzeugung werden sich die Sozialdemokraten noch weiter rechts entwickeln. Eine Vergeellschaftung des Wirtschaftslebens sei überall da ein Gebot der Gerechtigkeit und des volkswirtschaftlichen Fortschrittes, wo es neue Werte schaffend, reichen Ertrag bringe. Wo diese Voraussetzungen fehlen, sei die Gefahr für den Einzelnen und die Gesamtheit des Staatswesens. Die Trennung von Kirche und Staat sei zwangsläufig, müsse aber eine verfassunggebende Versammlung vorbehalten werden. Das religiöse Leben dürfe dabei keine Störung erleiden. Mit aller Macht werde er weiterhina für die Bildung eines Völkerverbundes eintreten, in welchem Deutschland in der Gleichberechtigung jugelanden werden müsse. Dr. Solf hofft, daß wir trotz des ungünstigen Ausgangs des Krieges wenigstens einen Teil der Kolonien zurück erhalten werden. Er gründet die Hoffnung auf das Programm Willsons. Schließlich nahm Dr. Solf noch Stellung zu den Enthüllungen Eisners über die Schuld am Kriege. Er bezeichnet die Auffassung, aus der heraus Eisner diese Veröffentlicheung vorgenommen hatte, als völlig verfehlt und würdelos. Ein der Schuld eines einzelnen Staates könne bei der Kompliziertheit der Gründe, die zum Kriege geführt haben, keine Rede sein.

Das „Tausendjährige Reich“

Ein Soldat tritt auf einem Dienstreifer, die Pfeife im Munde, den Mantel offen, die Hände mit der roten Kolorade schief auf dem Ohr, einen gefüllten Kuchad auf dem Rücken, zum Staditor hinaus. „Wohin des Wegs, Kamerad?“ „Ins „Tausendjährige Reich“,“ und er blies den Rauch in die Luft. „Da herrscht nur Menschenliebe und Brüderlichkeit, Nummer und Gott gibt's nicht mehr. Alle Menschen sind gäd'ig.“ „Hm! Als Kind hörte ich wohl von so was. — Na, zunächst geht's aber heim? Und das Pferd?“ — „Das Pferd? Ach ja, das Pferd,“ und er kniff ein Auge zu, „das ist mit nachgelassen.“ „Ja, ja! Das machen sie heute so.“ „Na Kamerad, viel Glück auf der Reise und — ins „Tausendjährige Reich“! Die Berliner können davon ja ein Lied singen. Die sitzen schon mitten drin in der Gäd'igkeit.“

— Das „Tausendjährige Reich“ (Offenbarung Joh.) spulte auch in der französischen Revolution. Kein Brot zum Essen, keine Geisse zum Waschen, Abraal Raub und Mord. Und doch stand das „Tausendjährige Reich“ ganz nahe vor der Tür. Statt seiner aber kam — Napoleon — Darum: wer baldigt geordnete Zustände will, der wähle die Liste der Deutschen demokratischen Volkspartei!

Allen Frauen

Auskunft in politischen und Wahlangelegenheiten

Seminarioberlehrer Freitag, Könerstraße 6, Vorsitzender Hugo Alendor, Am Graden 18, Tel. 71, Geschäftsstelle Demokratischen Vereins Frankenberg